

BLEIBT DIE NEUE WELTORDNUNG UNIPOLAR ODER WIRD SIE MULTIPOLAR?

Als der amerikanische Kolumnist und Publizist Charles Krauthammer nach Ende des Kalten Krieges den Begriff vom „unipolar moment“ prägte, hatten die USA tatsächlich die politische, militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft in einer unipolaren Welt. Manche, wie Frances Fukuyama, waren überhaupt der Überzeugung, dass es zum Ende der Geschichte gekommen wäre, weil sich die Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft weltweit durchgesetzt hätten.

In der Zwischenzeit hat sich jedoch die Welt weiter verändert. China wurde eine Wirtschaftsmacht; Russland unter Wladimir Putin wieder selbstbewusster; und andere BRICS- Staaten wie Indien oder Südafrika haben allen Grund, eine neue Weltordnung mit einer anderen Machtverteilung anzustreben. War doch Indien noch eine britische Kolonie, als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seinen fünf ständigen Mitgliedern das Kernstück der Vereinten Nationen wurde und in Afrika gab es damals gerade fünf unabhängige Staaten.

Dennoch gibt es in Washington starke Bestrebungen, weiter an einer unipolaren Weltordnung festzuhalten. Die entscheidende Frage ist daher, ob es zu einer Machtverschiebung in der Welt kommen wird und unter welchen Umständen?

1. Die USA wollen an der unipolaren Welt festhalten

Es sprechen viele Anzeichen dafür, dass die USA an ihrem Machtmonopol in der Welt festhalten wollen: die Politik des eigenen Landes ist auf dieses Ziel ausgerichtet; die Verbündeten in Europa und Ostasien werden dafür mobilisiert; und von der Wissenschaft wird dieses Bestreben in der Lehre abgesichert. Mit dem Neokonservativen setzte sich in der Außenpolitik eine bestimmende Kraft durch, die verlangt, dass Amerika die alleine bestimmende Macht in der Welt bleiben muss. So wurde bereits mit der National Security Strategy 1992 eine Militärdoktrin beschlossen, wonach kein anderes Land der Welt auch nur annähernd an die militärische Macht der USA herankommen dürfe. 2002 wurde dann das Recht der USA, Präventivkriege zu führen, in einer neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“

festgelegt. Entsprechend geben die USA heute mit \$ 800 Milliarden jährlich praktisch so viel für das Militär aus, wie die ganze übrige Welt zusammen.

Gleichzeitig wurden die Verbündeten in Europa und Ostasien mobilisiert. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine bestimmen die Balten und Osteuropäer die Politik der NATO und der Europäischen Union. Europa wird, so wie es Washington seit Jahren gewollt hat, aufgerüstet. In diesem Sinne konnte man unlängst in der New York Times lesen: „Die NATO funktioniert, wie sie funktionieren soll. Europa ist von der amerikanischen Macht abhängig. Und dies zu günstigen Konditionen, da die NATO-Ausgaben der USA lediglich 6 % des Pentagon- Budgets betragen; und die Europäer müssen zunehmend amerikanische Waffensysteme kaufen“ (1).

Um den Bestrebungen Chinas im Indo- pazifischen Raum entgegenzutreten, wurde der AUKUS- Pakt unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten, Australien und das Vereinigte Königreich kamen überein, in Rüstungsfragen zusammen zu arbeiten. Außerdem sollen Experten ihre Kenntnisse in den Bereichen künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und bei Cyber-Themen austauschen. Indien wurde zusammen mit Australien und Japan in den „Quadrilateral Security Dialogue“ mit den USA eingebunden; und in Japan sind starke Bestrebungen im Gange, die Streitkräfte weiter auszubauen.

Um die weltweite politische Vorherrschaft abzusichern, hat Präsident Biden die „Allianz der Demokratien“ ausgerufen. Die ganze Welt soll mithelfen, die „Autokraten“ in China und Russland, sowie in anderen Teilen der Welt in Schranken zu halten.

Auch von der Wissenschaft wird das Konzept einer unipolaren Welt abgesichert, wie in der Abhandlung von Stephen G. Brooks und William C: Wohlforth über „The Myth of Multipolarity“(2). Ihr Argument: die USA haben nach wie vor die Möglichkeit, die Strukturen einer unipolaren Welt zu erhalten. Auch wenn vor allem China und Russland das bestehende System infrage stellen, die USA können nach wie vor ihre militärische Macht weltweit einsetzen und, unterstützt von Alliierten, über Wirtschaftssanktionen massiven Druck ausüben. Der Aktionsradius für die USA ist zwar nicht mehr so groß wie unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, aber eine multipolare Welt bleibt immer noch ein Mythos.

2. Die Welt verändert sich

So sehr die USA auch in nächster Zeit aufgrund ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stärke die führende Weltmacht sein werden, die Welt verändert sich. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts lebten noch ein Drittel der Weltbevölkerung in Europa und Nordamerika. Wenn heute die USA und ihre europäischen Verbündeten als „internationale Gemeinschaft“ auftreten, vertreten sie nicht einmal mehr 10 % der Weltbevölkerung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg produzierte die USA alleine 60 % der Weltwirtschaft; China dagegen nur 2 %. Heute erzeugen die USA und China jeweils etwa ein Fünftel des Welt-BIP; wobei der chinesische Anteil in den nächsten Jahren stark wachsen sollte. Der Anteil an den globalen Exporten lag 1948 für die USA bei 22 %; für China hingegen nur bei 0,9 %. Heute beträgt der amerikanische Anteil nur mehr 8 %; der chinesische hingegen 15 %. Für 120 Länder wurde die Volksrepublik in der Zwischenzeit der wichtigste Handelspartner.

Politisch zeigte sich die neue Situation, als sich viele Länder des Globalen Südens weigerten, Russland wegen des Krieges in der Ukraine bedingungslos zu verurteilen oder sich den Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Diese Staaten hatten ihre eigenen Erfahrungen mit „westlichen Werten“, mit Diskriminierung und Unterdrückung. Wenn sich die USA seinerzeit massiv gegen die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs ausgesprochen haben, heute aber verlangen, dass der russische Präsident genau vor dieses Tribunal gestellt wird, kann diese Doppeldeutigkeit von anderen Ländern nicht unbemerkt bleiben.

Die letzten Jahre standen weitgehend unter dem Motto „China läuft dem Rest der Weltwirtschaft davon -kein Land wächst bis 2040 stärker“⁽³⁾. Demnach werden, gemessen an ihrem Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung, die heutigen Entwicklung- und Schwellenländer in 20 Jahren zu den westlichen Industrieländern aufgeschlossen haben. Vor allem China, so die Prognose, läuft allen voraus. Denn 31 % des globalen Wachstums soll bis zum Jahre 2040 auf das Reich der Mitte entfallen.

Haben im Westen viele die längste Zeit China als Markt gesehen, auf dem man gute Geschäfte machen konnte, so ist in Peking mit der wirtschaftlichen Stärke auch das Machtbewusstsein gestiegen. Eine starke Industrie wurde die Basis für eine starke Verteidigung; Wissenschaft und Forschung wurden zunehmend in den Militärsektor

integriert ⁽⁴⁾. Der zivile und der militärische Bereich bildeten zunehmend eine Einheit; die „Volksbefreiungsarmee“ wurde sehr stark modernisiert. Ziel der chinesischen Strategie ist es dabei offensichtlich, die amerikanische Vorherrschaft in den Grenzgebieten sowie im Indo- pazifischen Raum einzudämmen.

Der chinesische Präsident Xi Jinping macht keinen Hehl daraus, dass er die nach 1945 entstandene internationale Ordnung verändern und China in der neuen Ordnung einen bedeutenden Platz einräumen will. Im März 2023 verkündete er die „Globale Civilisation Initiative“, die darauf abzielt, dass Regierungen nicht anderen Ländern ihre eigenen Werte und politischen Institutionen aufzwingen sollen, um ideologische Auseinandersetzungen zu schüren. Die Bestrebungen des Westens, seine Menschenrechte anderen vorzuschreiben, wird als neue Art des Kolonialismus gesehen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023 wurde die „Globale Sicherheitsinitiative“ vorgestellt. Demnach soll eine Blockbildung wie im Kalten Krieg überwunden werden und das Zusammenleben der Länder ohne Sanktionen und ohne Krieg ermöglicht werden. Und eine „Globale Entwicklungsinitiative“ wirbt für eine Entwicklung entsprechend dem chinesischen Modell, ohne dass dabei anderen irgendwelche Konditionen aufgezwungen werden ⁽⁵⁾

Im Gegensatz zu China wird Indien vom Westen hofiert. Der indische Ministerpräsident Narendra Modi war eingeladen, in Washington vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen. Grundtenor dabei war, dass „die beiden größten Demokratien der Welt“ ihre gemeinsamen Interessen verteidigen müssten. Kurze Zeit darauf war Modi am französischen Nationalfeiertag Ehrengast bei der großen Parade auf den Champs-Elysees.

Dabei hat Indien seit der Konferenz von Bandung 1955 Wert gelegt auf eine unabhängige Außenpolitik und war führendes Mitglied der „Blockfreien“. Galt es seinerzeit, den amerikanischen Einfluss in der Region einzudämmen, so ist die Politik von Neu-Delhi heute stark von der Konkurrenz mit China bestimmt. Es werden Allianzen gesucht, die helfen, die indische Position zu stärken. So werden die meisten Waffen in Russland gekauft und Moskau profitiert auch von den gestiegenen Öl-Exporten nach Indien. Andererseits sind die USA der wichtigste Verbündete im Indo- pazifischen Raum.

Aber Indien ist auch Mitglied der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ mit Sitz in Peking. Programm dieser Organisation ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, die Kooperation in Wirtschafts- und Handelsfragen, sowie die Stabilität in der Region. Diese Organisation vertritt 40 % der Weltbevölkerung und hat auch Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Vor allem ist es auch ein wesentliches Ziel, eine neue Machtverteilung in der Welt zu erreichen. In diesem Sinne werden auch Anstrengungen unternommen, die Vormachtstellung des Dollars zu vermindern.

Den Vorsitz Indiens im Sicherheitsrat der UNO im Dezember 2022 und den Vorsitz in der Gruppe G20 betrachtet Ministerpräsident Modi als Ausdruck der neuen Geltung Indiens in der Welt und des Vertrauens, das diese seinem Land entgegenbringt. Indien ist damit der „Vishwa Guru“, der Lehrmeister der Welt geworden, was diese endlich anerkennen müsse. Dabei spart der Ministerpräsident nicht mit großen Worten, wenn er für die Welt unter der Führung Indiens das Motto „One Earth, One Family, One Future“ gewählt hat. Die weltweiten Herausforderungen sollten in diesem Sinne durch Zusammenarbeit, nicht durch Krieg und Konfrontation, gemeistert werden.

Während Indien vom Westen umworben wird, verkörpert Russland für westliche Eliten und einen Großteil der Medien den Feind schlechthin; das Böse, das durch das Gute bekämpft werden muss. Seit sich herausgestellt hat, dass Wladimir Putin nicht, so wie sein Vorgänger Boris Jelzin, der willige Erfüllungsgehilfe für die USA ist, wird er diskreditiert und diffamiert.

Aber schon Jewgueni Maximowitsch Primakow, 1929 in Kiew geboren, Mitglied des Präsidialrates unter Michel Gorbatschow, später Außen- und Premierminister, hat sich mit der Frage befasst, wie sich die Aufteilung der Macht in der Welt auf Krieg und Frieden auswirkt. Dabei kam er zum Schluss, dass eine unipolare, alleine von den Vereinigten Staaten dominierte Welt, für die anderen Länder, insbesondere auch für Russland, unakzeptabel ist. Gemäß der „Primakow- Doktrin“ ist eine Welt mit einer einzigen Hegemonialmacht äußerst instabil, während in einer multipolaren Welt der Einsatz von Gewalt durch gegenseitige Kontrolle eingedämmt wird. Damit bestimmen die souveränen Staaten die Regeln der Weltordnung.

Entsprechend soll sich Russland für eine multipolare Welt einsetzen, um der alleinigen Vormacht der USA entgegenzutreten. In diesem Bestreben soll sich

Moskau um die Unterstützung anderer Großmächte bemühen; der Westen darf nicht mehr alleine für die internationale Gemeinschaft sprechen. Darüber hinaus muss Russland seine Vorherrschaft im Raum der früheren Sowjetunion behaupten und sich auf jeden Fall einer Erweiterung der NATO entgegenstellen ⁽⁶⁾. Sergeij Lawrow hat sich dann als Außenminister wiederholt zu der in der "Primakow-Doktrin" vorgegebenen Leitlinie bekannt.

Alexei Arbatow, Vizepräsident des Verteidigungsausschusses der Duma, hat diese außenpolitischen Vorstellungen durch ein Militärkonzept unter dem Titel „The Transformation of Russian Military Doctrin: Lessons learned from Kosovo and Chechnya“ ergänzt. Für Arbatow bedeutete der Krieg, den die NATO 1999 gegen Serbien führte, eine Demütigung Russlands und das Ende eines Vertrauensverhältnisses mit dem Westen. Im neuen Verteidigungskonzept Russlands sollten daher die Streitkräfte, inklusive der Nuklearwaffen, die Grundlage der Abschreckung bilden. Wenn die NATO in der Lage war, einen souveränen Staat wie Serbien ohne Zustimmung der UNO anzugreifen, dann könne ein ähnlicher Schlag auch gegen Russland erfolgen. Eine Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen war damit nicht mehr möglich, die NATO wurde für weite Teile der russischen Öffentlichkeit ein Feindbild.

Dies vor allem auch deshalb, weil die NATO durch den Krieg gegen Serbien, bei dem immerhin 1260 Flugzeuge eingesetzt wurden, aus einem Defensivbündnis, wie in den Zeiten des kalten Krieges, zu einem Offensivbündnis wurde. In diesem Krieg zerstörte die NATO 100 % der serbischen Öltraffinerien, 70 % der Rüstungsindustrie, 60 % der Öl Lager, 100 % der Stromtransformatoren sowie 40 % der fernsehe- und Radiostationen. Insgesamt hat der Krieg gegen Serbien von 1999 dazu geführt, dass für Russland ein Krieg mit der NATO in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist und dass Russland aufgerüstet hat. Diese Entwicklung fiel zusammen mit dem Beginn der Präsidentschaft von Wladimir Putin.

Seither versucht Moskau, trotz des starken Übergewichts der USA, in einer unipolaren Welt, international auch eine eigene Rolle zu spielen. So haben die Präsidenten Wladimir Putin und Xi Jinping anlässlich eines Gipfeltreffens im Dezember 2021 erklärt, dass sie sich gegen jene Kräfte wehren, „unter dem Mantel demokratischer Werte und der Menschenrechte“ in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen wollen. Anlässlich der Eröffnung der Olympischen Spiele

in Peking proklamierten beide Präsidenten eine neue Weltordnung für das 21. Jahrhundert. Diese soll sich von jener des Westens dadurch unterscheiden, dass jedes Land das Recht haben soll, seine „eigene Form von Demokratie“ zu wählen. Auch wenn es zwischen Moskau und Peking weiterhin unterschiedliche Interessen gibt, man ist sich darin einig, dass die Welt in Zukunft mehrere Machtzentralen haben und multipolar sein soll.

In diesem Sinne agieren auch andere Staaten: Die Türkei, obwohl Mitglied der NATO, verfolgt in wesentlichen Bereichen eine eigene Außenpolitik. Saudi-Arabien, ein alter Verbündeter der USA, zeigt emanzipatorische Tendenzen; und die afrikanischen Länder erachten eine internationale Ordnung, die vor ihrer Unabhängigkeit entstanden ist, als nicht zeitgemäß.

Dabei haben die Osmanen bis vor 100 Jahren weite Teile Europas, des Nahen Ostens und Nordafrikas beherrscht. Unter der Präsidentschaft von Recep Tayyip Erdogan, dem Chef der islamisch-religiös geprägten „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP), findet ein gewisses nationales Erwachen statt: die Türkei etabliert sich als regionale Macht; ist Mitglied der NATO; hat gleichzeitig eine Gesprächsbasis mit Moskau; liefert Drohnen an die Ukraine und spielt eine Rolle im syrischen Bürgerkrieg. Dass jetzt Landkarten von einer „Groß-Türkei“ auftauchen, die das Land in der vergangenen Größe darstellen, passt in dieses Bild und in das Bestreben Ankaras, ein neues Machtzentrum darzustellen.

Auch Saudi-Arabien, ein traditioneller Verbündeter der USA, hat sich an seine eigenen Interessen erinnert, als es darum ging, die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen durchzuführen. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass Saudi-Arabien, das seinerzeit den Petro- Dollar erfunden hat, in Zukunft auch Geschäfte in chinesischer Währung durchführen wird. Damit würden die getroffenen Sanktionen Russland nicht weiter isolieren, sondern, im Gegenteil, die Abkehr vom Dollar stärken. Immerhin bezieht China 25 % seiner Öl- Importe aus Saudi-Arabien. Auch hier ist es eine starke Persönlichkeit, Mohammed bin Salman, der bestrebt ist, für sein Land einen höheren Stellenwert in der internationalen Gemeinschaft zu erreichen.

Von vielen im Westen wird die Weltordnung der letzten Jahrzehnte als „Rules-based Order“ hingestellt, die allen in gleicher Weise gedient hätte. Von vielen afrikanischen Ländern wird das offensichtlich nicht so empfunden, was ihre Haltung zum Krieg in

der Ukraine und zu den vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen gezeigt hat. Einerseits wurde der von den Großmächten früher ausgeübte Einfluss weiter aufrechterhalten; darüber hinaus haben die illegalen Invasionen wie im Irak und in Syrien ganze Regionen destabilisiert. Der NATO- Einsatz in Libyen hat dazu geführt, dass sich terroristische Gruppen in der ganzen Sahel- Zone ausgebreitet haben und darüber hinaus religiöse Extremisten in mehreren Ländern gestärkt wurden.

1945, als die Vereinten Nationen gegründet wurden, waren fast alle afrikanischen Länder noch Kolonien. Auch heute hat kein afrikanisches Land einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Dabei betreffen die Hälfte der Sitzungen des Sicherheitsrates um 70 % seiner Resolutionen das Geschehen in Afrika ⁽⁷⁾. Die Staaten Afrikas verlangen daher eine bessere Vertretung in einer neuen Weltordnung und in der Entscheidungsfindung, die ihre Angelegenheiten betrifft. Jedenfalls wollen sie eine Abkehr von einer Ordnung, in der eine einzige Macht alle wesentlichen Entscheidungen trifft.

Insgesamt kann man also sagen, dass die Haltung zum Krieg in der Ukraine eine Entwicklung deutlich gemacht hat, die sich schon in den letzten Jahren abgezeichnet hat. Länder, die durch die Globalisierung wirtschaftlich gestärkt wurden oder die durch die Besinnung auf ihre historische Rolle wieder an Selbstbewusstsein gewonnen haben, sind nicht mehr so wie früher bereit, einer Führungsmacht bedingungslos zu folgen. Auch werden die der Ukraine gewährte Milliarden Dollar mit der Entwicklungshilfe verglichen und als Doppelmoral des Westens gewertet. Das zeigen auch Meinungsumfragen: während im Westen 75 % der Bevölkerung eine negative Meinung von China und gar 87 % von Russland haben, sind die 6 Milliarden Menschen des Globalen Südens einer entgegengesetzten Ansicht. Der Westen sieht die Welt offensichtlich anders als der Rest ⁽⁸⁾. Damit deckt sich auch, dass 48 % der Inder und 51 % der Türken meinen, die künftige Weltordnung wird multipolar sein, was nur 37 % der Amerikaner, 31 % der Menschen in der EU und nur 29 % der Briten glauben. Schon Montesquieu hat in seinen "Lettres persanes" festgestellt, dass sich Europäer oft schwertun, andere Kulturen zu verstehen.

3. Lawfare-Das Recht als Waffe

Die amerikanischen Streitkräfte sind mit Abstand die stärkste Militärmacht der Welt, mit einem Budget von \$ 800 Milliarden im Jahre 2023 und 800 Militärbasen auf der

ganzen Welt verstreut. Offiziell dient diese gewaltige Macht der „Sicherheit“. Aber welcher „Sicherheit“?

Für die Vereinigten Staaten, mit freundlichen Nachbarn im Norden und Süden, zwei Ozeanen im Osten und im Westen, wäre wohl eine verstärkte Küstenwache in der Lage, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Also, so heißt es, es geht darum, die Sicherheit der anderen zu schützen, etwa der Europäer. Diese werden dann als „Trittbrettfahrer“ bezeichnet, wenn ihre Militärausgaben nicht den amerikanischen Vorstellungen entsprechen. Tatsächlich aber dienen die gewaltigen Militärausgaben nicht der Sicherheit, sondern der Aufrechterhaltung der amerikanischen Vorherrschaft in einer unipolaren Welt. Das ist durchaus legitim, das haben schon die alten Römer gemacht, aber es muss auch erlaubt sein, das zu sagen.

Jetzt wird immer wieder gesagt, ohne die Unterstützung der NATO hätte die Ukraine den Krieg gegen Russland schon lange verloren. Das ist zweifellos richtig. Aber ohne die NATO-Ost-Erweiterung wäre es auch wohl nie zum Krieg in der Ukraine gekommen. Damit stellt sich die Frage, ob die auf eine militärische Vorherrschaft aufgebaute Ordnung dem Frieden dient? Faktisch wurde der seit dem Frieden von Utrecht 1713 geltende Grundsatz „Das Gleichgewicht der Mächte sichert den Frieden“ durch das Motto abgelöst, „Die wohlwollende amerikanische Hegemonie bedeutet Frieden“. Aber so, wie es im 18. Jahrhundert ununterbrochen Kriege gab, um das „Gleichgewicht für den Frieden“ aufrechtzuerhalten, so gibt es seit einer Generation ununterbrochen Krieg, um die amerikanische Vorherrschaft zu stützen.

Diese Entwicklung hat auch dazu geführt, dass im Jahre 2022 die weltweiten Verteidigungsausgaben auf 2000 Milliarden Dollar gestiegen sind, wie das Stockholmer Institut für Friedensforschung feststellt ⁽⁹⁾. Und, so heißt es man kann davon ausgehen, dass dieser Trend anhalten wird.

Nun sind die USA nach wie vor die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt, mit einem BIP von \$ 23,3 Billionen im Jahre 2021. Im selben Zeitraum erzielte China eine Wirtschaftsleistung von \$ 17,7 Billionen. Allerdings gibt es Prognosen, wonach das BIP Chinas bereits 2030 größer als jenes der USA sein wird, und das Verhältnis im Jahre 2050 bereits \$ 50 Billionen zu \$ 34 Billionen zu Gunsten Chinas sein soll ⁽¹⁰⁾. Heute werden weltweit 48 % aller internationalen Geschäfte über die USA, 20 % über China durchgeführt. Aber Importe aus China werden alleine für den Zeitraum von

1990-2007 für 44 % der verlorenen Arbeitsplätze in der amerikanischen Industrie verantwortlich gemacht.

Mit dem erklärten Ziel, amerikanische Arbeitsplätze zu retten bzw. wieder neue zu schaffen, hat Donald Trump Zölle in Milliarden-Dollar-Höhe auf Warenimporte aus China verhängt und einen Wirtschaftskrieg ausgerufen. Dabei wurde Peking auch vorgeworfen, seine Währung zu manipulieren, um Exporte zu fördern.

Unter Präsident Biden wurde dieser Konflikt weiter verschärft. Die Zölle blieben in Kraft und Biden hat neue Maßnahmen gegen chinesische Produkte und Konzerne ergriffen. Die Begründung dafür war, dass diese amerikanischen Sicherheitsinteressen gefährden. So wurden der Zugang chinesischer Firmen zu kritischen Technologien und amerikanische Investitionen in China eingeschränkt. Zwar fuhr Treasury Secretary Janet L. Yellen im Juli 2023 nach Peking, wo sie erklärte, die Welt hätte Platz für beide Volkswirtschaften. Zum selben Zeitpunkt erklärte aber der amerikanische Präsident auf CNN, China wolle die USA als führende Wirtschaftsmacht verdrängen und man werde sich mit allen Mitteln dagegen wehren.

Tatsächlich werden von amerikanischer Seite auch Alliierte unter Druck gesetzt, aus „Sicherheitsgründen“ keine chinesischen Produkte wie Chips und Halbleiter zu kaufen, selbst wenn diese preisgünstiger und besser sind als jene der Konkurrenz. China soll auch daran gehindert werden, jene Bereiche der Künstlichen Intelligenz zu entwickeln, die militärisch verwendet werden können. Die Regierung der Niederlande ist diesem Aufruf bereits gefolgt, was die chinesische Regierung wiederum veranlasst hat, den Export von Germanium und Gallium, also von Metallen, die man für die Herstellung von Chips braucht, zu untersagen. Unternehmen, die in diesen Bereichen tätig sind und Unterstützung von der amerikanischen Regierung erhalten, dürfen nicht in China investieren.

Darüber hinaus werden in den Vereinigten Staaten Unternehmen mit Verbindungen zu China wie TikTok, Apps wie Temu oder die Modekette Shein genauestens überwacht. Da der Überschuss in der chinesischen Handelsbilanz bereits 10 % des gesamten BIP ausmacht, geht es seitens der USA wieder um die Forderung, die chinesische Währung aufzuwerten. Von chinesischer Seite wird dagegen eingewendet, dass höhere Zinssätze in den USA für diese Entwicklung verantwortlich sind.

Die USA setzen also ihre Wirtschaftsmacht ziemlich massiv gegen China ein und wollen dabei auch, unter dem Motto „de-risking“, ihre europäischen Verbündeten einbeziehen. Diese, bereits von den günstigen russischen Energielieferungen abgeschnitten, sind jetzt auch vom Protektionismus der amerikanischen Industriepolitik betroffen. Kann diese Politik anders bezeichnet werden als „America first?“.

Rüstung kostet viel Geld, einen Wirtschaftskrieg kann auch der eigenen Wirtschaft großen Schaden zufügen. Da ist der Einsatz von Lawfare wesentlich kostengünstiger. Man setzt das „Recht“, das man selbst festgelegt hat, als Waffe ein, um seine politischen Ziele zu erreichen. Die Entwicklung des Völkerrechts war immer mit einer machtpolitischen Komponente verbunden. Als Hugo Grotius die „Freiheit der Meere“ als Rechtsgrundsatz proklamierte, war die holländische Flotte schon stark genug, um diesen Grundsatz gegen das vorher vom Papst programmierte Monopol durchzusetzen.

Nach verschiedenen Quellen wurde der Begriff Lawfare schon 1975 von den Autoren John Carlson und Neville Yeomans verwendet und hat dann Eingang gefunden in die Vorstellungen vom „totalen Krieg“ ⁽¹¹⁾. Tatsächlich haben die USA ihr eigenes Rechtssystem entwickelt, einerseits um ihre Interventionskriege zu rechtfertigen, aber auch, um im Sinne einer extraterritorialen Jurisdiktion ihre Ansprüche weltweit verfolgen zu können. In diesem Sinne verhängen die USA, um ihre Außenpolitik zu unterstützen, weltweit Sanktionen gegen politische und wirtschaftliche Konkurrenten. Exponenten von Lawfare, wie der US- General Charles Dunlap, wollten diese Art der Kriegsführung ganz bewusst auch deshalb entwickeln, um das allgemeine Völkerrecht zu umgehen. Völkerrecht und internationale Organisationen würden, so Dunlap, den Aktionsradius des US- Militär immer mehr einengen. Um dem entgegenzuwirken, hat man die eigene nationale Souveränität auf die ganze Welt ausgedehnt. Damit kann man die internationale Gerichtsbarkeit umgehen und eigene Ansprüche durchsetzen.

Bürger anderer Staaten werden willkürlich der amerikanischen Gerichtsbarkeit unterworfen, etwa mit der Behauptung, sie hätten Transaktionen in Dollar durchgeführt oder ihre Produkte enthielten amerikanische Erzeugnisse. Unter dem Vorwand, die Korruption zu bekämpfen oder für die Menschenrechte einzutreten, kann sich die amerikanische Justiz überall auf der Welt einmischen.

Auf diese Weise kann man andere Staaten in die Knie zwingen, genauso wie Konkurrenten in der Wirtschaft oder unliebsame Einzelpersonen. Eines von vielen Beispielen ist der „Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act“, mit dem auch Konzernen anderer Länder verboten wurde, mit Kuba Handel zu treiben. Da hat es auch nicht geholfen, dass sich die Vereinten Nationen in zahlreichen Resolutionen gegen diese einseitige amerikanische Maßnahme ausgesprochen haben. Schon in der Vergangenheit mussten schweizerische und französische Banken Bußgelder in Milliarden-Dollar-Höhe an die USA bezahlen. Und zu Beginn des Ukraine- Krieges glaubten viele, Russland könne alleine mit Wirtschaftssanktionen in die Knie gezwungen werden.

Die Frage, ob die künftige Weltordnung unilateral oder multilateral sein wird, hängt daher einmal davon ab, wie die auf dem Schlachtfeld, sowie in den Bereichen der Wirtschaft und der Justiz geführten Kriege ausgehen. Zurzeit hat man den Eindruck, dass sich die Europäer dabei zur Gänze den Amerikanern unterwerfen und alle eigenen Interessen aufgeben haben. Das könnte Washington dazu verleiten, bedingungslos an einer unipolaren Hegemonie festhalten zu wollen. Dabei wäre es wohl besser, aufstrebenden Ländern bei der Gestaltung der Zukunft der Welt zumindest eine gewisse Mitsprache einzuräumen, wobei die USA durchaus eine Vorherrschaft behalten könnten.

Anmerkungen

- (1) „Why NATO is not what it says it is“; NYT July 12th 2023
- (2) “ The Myth of Multipolarity“; Foreign Affairs May/ June 2023
- (3) “China eilt dem Rest der Welt davon“; FAZ 18. August 2021
- (4) Alain Bauer; „Au commencement était la Guerre » ; Fayard 2023
- (5) «The World according to Xi“; The Economist March 25th 2023
- (6) Alain Bauer; ob.zit.
- (7) “Order of Oppression“; Foreign Affairs May/June 2023
- (8) “The new non-aligned“; The Economist April 15th 2023
- (9) “The cost of the global arms race“; The Economist May 27th 2023
- (10) Bruno Umersbach; 2022
- (11) Alain Bauer; ob. Zit